



KOMMENTAR ZU WIRTSCHAFT UND POLITIK 2/9/2016

Macht- und Rechenspiele

Wie kommt Bewegung in die Bundespolitik?

von NORBERT F. TOFALL

- Die regierende Große Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel startete 2013 mit 67,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Je nach aktueller Umfrage hat sie bis heute 10 bis über 15 Prozentpunkte an Zustimmung verloren.
- Aus den aktuellen Umfragen ergibt sich als einzige realistische Alternative zur regierenden schwarz-roten Koalition eine Koalition aus CDU/CSU, GRÜNE und FDP.
- Entscheidend ist jedoch die Frage, unter welchen Bedingungen diese rechnerische Alternative zu Politikänderungen in Deutschland führen könnte.

Bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 erhielten CDU/CSU 41,5 Prozent und die SPD 25,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. Zusammen erreichten sie 67,2 Prozent und bildeten mit 310 Bundestagsabgeordneten der Union und 193 der SPD eine große Koalition mit 503 von 630 Abgeordneten des Deutschen Bundestages.

Drei Jahre nach der Bundestagswahl von 2013 liegen CDU/CSU in den Sonntagsfragen – „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre...“ – aktuell nur noch zwischen 30,5 und 35 Prozent und die SPD zwischen 21 und 23 Prozent (siehe Tabelle 1). Die große Koalition aus CDU/CSU und SPD kommt damit nur noch auf einen Stimmenanteil von 51,5 bis 57,5 Prozent (siehe Tabelle 2), hat also 10 bis über 15 Prozentpunkte an

Zustimmung verloren. Diese Verluste sind überwiegend auf die sinkende Zustimmung für die Unionsparteien zurückzuführen. Aber auch die SPD hat in der Großen Koalition unter Merkel büßen müssen. Die sinkende Zustimmung für die Große Koalition von CDU/CSU und SPD von 10 bis über 15 Prozentpunkte spiegelt sich in den Erfolgen der AfD wider, die je nach Umfrage zwischen 9 und 14,5 Prozent der Stimmen erreichen könnte. Doch welche Alternativen gibt es zu Schwarz-Rot auf Bundesebene?

Unterstellt man, daß mit der AfD in absehbarer Zeit niemand auf Bundesebene koalieren will, und addiert man die Ergebnisse der aktuellen Umfragen zu möglichen Koalitionen zusammen, dann ergibt sich als einzige realistische Alternative zur heute regierenden schwarz-roten



Tabelle 1: Sonntagsfrage „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre...“

	Allensbach	Emnid	Forsa	Forsch'gr. Wahlen	GMS	Infratest dimap	INSA	Bundes- tagswahl
	24.8.2016	27.8.2016	31.8.2016	12.8.2016	14.7.2016	26.8.2016	30.8.2016	22.9.2013
CDU/CSU	34,5 %	34 %	33 %	35 %	34 %	33 %	30,5 %	41,5 %
SPD	23 %	22 %	22 %	22 %	22 %	22 %	21 %	25,7 %
GRÜNE	11,5 %	12 %	12 %	13 %	13 %	12 %	11,5 %	8,4 %
FDP	7,5 %	5 %	6 %	6 %	7 %	5 %	7 %	4,8 %
DIE LINKE	9 %	10 %	9 %	9 %	9 %	9 %	10,5 %	8,6 %
AfD	10 %	11 %	12 %	11 %	9 %	13 %	14,5 %	4,7 %
Sonstige	4,5 %	6 %	6 %	4 %	6 %	6 %	5 %	6,2 %

Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/> zuletzt abgerufen am 31. August 2016

Tabelle 2: Aus den aktuellen Umfragen folgende Koalitionsmöglichkeiten

	Allensbach	Emnid	Forsa	Forsch'gr. Wahlen	GMS	Infratest dimap	INSA
	24.8.2016	27.8.2016	31.8.2016	12.8.2016	14.7.2016	26.8.2016	30.8.2016
Schwarz-Rot	57,5 %	56 %	55 %	57 %	56 %	55 %	51,5 %
Rot-Rot-Grün	43,5 %	44 %	43 %	44 %	44 %	43 %	43 %
Schwarz-Grün	46 %	46 %	45 %	48 %	47 %	45 %	42 %
Schwarz-Grün-Gelb	53,5 %	51 %	51 %	54 %	54 %	50 %	49 %
Schwarz-Gelb	42 %	39 %	39 %	41 %	41 %	38 %	37,5 %
Rot-Gelb-Grün	42 %	39 %	40 %	41 %	42 %	39 %	39,5 %

Quelle: eigene Berechnungen FLOSSBACH VON STORCH RESEARCH INSTITUTE



Koalition eine Koalition aus CDU/CSU, GRÜNE und FDP. Nur diese Konstellation kommt neben Schwarz-Rot in fast allen Umfragen auf über 50 Prozent.

Dabei wird unterstellt, daß eine Partei bereits ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl machtpolitische Bedeutung zurückgewinnt, die noch gar nicht wieder im Bundestag vertreten ist. Die FDP, die durch die Entwicklung des bundesdeutschen Dreiparteien-systems zu einem Mehrparteiensystem ihre machtpolitische Funktion als „Zünglein an der Waage“ verloren und anschließend als Programmpartei in der schwarz-gelben Koalition von 2009 bis 2013 unter Angela Merkel vollkommen versagt hatte, könnte zur ausschlaggebenden Größe werden. Seit diesem Frühjahr wird im Kanzleramt damit gerechnet, daß sich die SPD von der Union absetzen könnte. Unter den gegebenen Umfragen, die sich natürlich noch ändern können, kann Angela Merkel ihre Regierungsmacht nur verlängern, wenn sie 2017 im Deutschen Bundestag entweder von einer schwarz-roten Koalition, was immer unwahrscheinlicher wird, oder von einer schwarz-grün-gelben Mehrheit erneut zur Bundeskanzlerin gewählt wird.

Gut informierte Berliner Kreise berichten, daß im Bundeskanzleramt bereits ernsthaft an einer schwarz-grün-gelben Alternative gearbeitet werde. Denn eine andere Alternative zur derzeitigen Koalition auf Bundesebene rechnet sich momentan einfach nicht (siehe Tabelle 2). Die Bälle, die sich einige Politiker von Union und vom Realo-Flügel der GRÜNEN seit Wochen öffentlich zuspitzen, sprechen deshalb ebenso Bände wie die öffentlichen Absetzbewegungen der SPD der letzten Tage.

Die entscheidende Frage lautet jedoch: Unter welchen Bedingungen könnte eine rechnerische Alternative „Schwarz-Grün-Gelb“ zu Politikänderungen in Deutschland führen? Da es Angela

Merkel problemlos gelungen ist, von der schwarz-roten Koalition 2005-2009 zur schwarz-gelben Koalition von 2009-2013 und zurück zur schwarz-roten Koalition seit 2013 zu wechseln, ohne daß sich die Politik in Deutschland wesentlich geändert hätte, dürfte auch ein Wechsel zu einer schwarz-grün-gelben Koalition nicht zu wesentlichen Politikänderungen führen, falls Angela Merkel Bundeskanzlerin bleiben sollte. Angela Merkel ist es herzlich egal, welche Koalition unter ihr für sie die Mehrheiten für ihre Politik liefert. Ihr Problem besteht jedoch darin, daß das schon länger jeder weiß und heute die SPD bereit ist, daraus die Konsequenz zu ziehen und auf „Scheinmacht“ in Form von Regierungsämtern zu verzichten.

Daß sich Angela Merkel zur Zeit sträubt, öffentlich und verbindlich zu erklären, ob sie 2017 wieder als Kanzlerkandidatin für die Union antreten wird, hat nicht nur mit Horst Seehofer und der CSU zu tun. Seehofer hat in der Flüchtlingskrise zwei Gelegenheiten verstreichen lassen, um die CSU-Minister aus der Bundesregierung zurückzuziehen: einmal im Herbst 2015 und ein zweites Mal nach den Landtagswahlen im März 2016. Seehofer und die CSU werden in den nächsten Wochen und Monaten zwar weiterhin probieren, Merkel zu zermürben. Für einen frontalen Angriff, der im Sinne von Karl Popper aus demokratischer Pflichterfüllung heraus wirksam dafür Sorge trägt, daß eine Gesellschaft die jeweils Regierenden unblutig loswird, scheint Seehofer indes der Mut zu fehlen.

Angela Merkel kann daher auf Zeit spielen, will sie verhindern, daß eine der Parteien SPD, DIE GRÜNEN oder FDP und nicht nur die AfD aus ihrer Kanzlerkandidatur-Erklärung ein zentrales Wahlkampfthema entwickeln: Merkel muß weg!

Ein offener Kampf gegen Merkel ist für die SPD unmöglich, solange sie in der Regierung bleibt. Dazu hätte sie vorab die Koalition mit Merkel



verlassen müssen, wofür Sigmar Gabriel den richtigen Zeitpunkt schon lange verpaßt hat. Für die GRÜNEN ist diese Option problematisch, weil sie Angela Merkel als Promotor einer schwarz-grünen Zusammenarbeit benötigen. Die FDP könnte hingegen durch diese Option viele frustrierte Unionsanhänger, die von Angela Merkel die Nase voll haben, für sich gewinnen. Die FDP müßte lediglich rechtzeitig und glaubwürdig erklären, daß sie nur dann aus staatspolitischer Verantwortung zur Abwendung spanischer Verhältnisse in eine schwarz-grün-gelbe Koalition einzutreten gewillt ist, wenn Angela Merkel vorab abtritt. Die FDP, deren Glaubwürdigkeit als Programmpartei noch nicht wieder repariert und deren Entwicklung hin zu einer klassisch-liberalen Partei weiterhin offen ist, würde so nicht nur vielen bürgerlichen Wählern ein machtpolitisches Argument liefern, sie zu wählen. Die FDP wäre darüber hinaus die kleine, aber feine Kraft, welche die notwendige Bedingung für Politikänderungen in Deutschland her-

beiführt. Ein Risiko müßte sie dabei tragen: Sollte sich Angela Merkel an der Macht festbeißen und die Union an Merkel festhalten, müßte die FDP allein zum Schutz der eigenen Glaubwürdigkeit konsequent in der Opposition bleiben, was im Vergleich zu ihrer jetzigen außerparlamentarischen Lage auch kein Schaden wäre.

Wahrscheinlicher ist zur Zeit jedoch, daß es Angela Merkel durch diskrete Gespräche mit der FDP-Führung gelingt, die FDP ruhigzustellen. Die Kanzlerfrage, obwohl entscheidend, wird dann öffentlich ausgespart, so daß man nach der Wahl die Option behält, unter Angela Merkel in eine Koalition zusammen mit den GRÜNEN einzutreten. Politikänderungen sind dann sehr unwahrscheinlich. Die politischen und gesellschaftlichen Polarisierungen dürften dadurch weiter zunehmen.



RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch AG dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch AG selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch AG. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch AG nicht gestattet.

Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch AG

© 2016 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

IMPRESSUM

Herausgeber Flossbach von Storch AG, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, research@fvsag.com; *Vorstand* Dr. Bert Flossbach, Kurt von Storch, Dirk von Velsen; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 30 768 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, www.bafin.de; *Autor* Norbert F. Tofall; *Redaktionsschluss* 1. September 2016